



1. Europawahl 2014 – es geht um was!?!



Europa – Bankenrettung – Hilfspakete – Rettungsschirme – Troika: Stichworte aus den letzten Jahren, die Schlagzeilen in Nachrichtensendungen lieferten und wieder und wieder in Talkshows durchgekaut wurden.

Was hat die Wahl am kommenden Sonntag damit zu tun? Ziemlich viel, wenn nicht alles. Unser Europa ist ein Elitenprojekt – gestartet vor etwa 60 Jahren, mit dem einen großen Ziel, Deutschland einzubinden in übernationale Zusammenhänge und so etwas wie das, was unsere Väter und Großväter von 1933 bis 1945 angerichtet haben, auf Dauer auszuschließen. Das hat ganz gut funktioniert, und was aktuell in und um die Ukraine statt findet, macht über die Maßen deutlich, dass es ein Erfolg ist, den wir alle sehr schätzen müssen.

Die Wiedervereinigung und Souveränität bekamen wir um den Preis des Euro – die Franzosen wollten ihre wirtschaftliche Position so verbessern, und die Engländer ihre auch, auf Kosten der beiden anderen.

Die Finanzkrise hat den Euro in einen Strudel gerissen, der mit dem Euro als übernationale Währung erst einmal nichts zu tun hatte. Der Konstruktionsfehler des Euro, ganz unterschiedlich entwickelte Volkswirtschaften in einen gemeinsamen Währungsraum zu zwingen, ermöglichte vor der Finanzkrise spannende und für die Banker hoch profitable Finanzgeschäfte. Und die mit der Finanzkrise einsetzende Erkenntnis, dass das alles so nicht funktionieren kann, brachte dann auch wieder schöne Spekulationsmöglichkeiten bei der Rückabwicklung der vielen Projekte, die sich nicht rechneten.

Soviel zur Einordnung der Vergangenheit. Wie haben die europäischen Institutionen reagiert? Viele Worte, wenig Taten – die Finanztransaktionssteuer ist immer noch nicht in Kraft, der europäische Fonds für zukünftige Bankenrettung aus eigener Kraft und mit eigenen



Mitteln zwar verabschiedet – aber ob die nächste Finanzkrise so lange auf sich warten lässt, bis genug Mittel angespart sind?

Das europäische Parlament hat bei all diesen Themen immer noch die beste Figur gemacht – Kommission und der europäische Rat haben eine eher unrühmliche Rolle gespielt. Politiker wie Sven Giegold (ATTAC, Grüne) haben viel bewegt in diesen Auseinandersetzungen und sich auch immer wieder an die Öffentlichkeit gewandt, um die unsäglichen Hinterzimmerkompromisse von Rat und Kommission anzuprangern. Kräfte wie die AfD weisen zu Recht darauf hin, dass die Rettungsschirmpolitik weder den (vorgeblichen) Rettern noch den (angeblich) Geretteten was bringt.

Occupy Finance ist der Auffassung, dass die Wahlentscheidung am 25. Mai eine Absage an die Austeritätspolitik sein sollte – Europa braucht Perspektiven, Chancen für die Jugend, Investitionen für die Zukunft: Projekte, die Arbeitsplätze schaffen und das ganz normale Alltagsleben der Menschen verbessern. Das sollte der Dreh- und Angelpunkt für unsere Wahlentscheidung sein. Und die vielen hoch engagierten (und dankenswerter Weise nicht in die vordergründigen albernen Grabenkämpfe der nationalen Parlamente verwickelten) Politiker im Europaparlament haben es verdient, dass wir zur Wahl gehen und eine begründete Entscheidung treffen.

2. Unser neuer Occupy Finance BLOG

Wir starten mit kampagnen- und themenbezogenen BLOGs für eine faire Wirtschafts- und Finanzmarktordnung, an denen sich jede Person inhaltlich und durch Social Media Beiträge beteiligen kann.

BLOG: Bank of England gibt Occupy Finance Recht – Teil I



Das Timing hätte besser nicht sein können: Nachdem wir uns nach einigem Überlegen in Occupy Finance umbenannt haben, inklusive einer Neuausrichtung unseres Konzepts, springt uns ausgerechnet und erneut (siehe dazu Teil II) die Bank of England zur Seite und bestätigt uns in unserem Claim "Kapitalismus einfach gestalten". Dieser Claim war uns sehr wichtig, denn mit "Kapitalismus einfach gestalten" möchten wir zeigen,



1) dass man "Occupy" sein kann, d.h. außerparlamentarisch kritisch gegenüber einem aus den Fugen geratenen Finanzsektor, auch wenn man Anhänger der freien sozialen Marktwirtschaft als optimaler Wirtschaftsordnung ist

2) dass die positiven Effekte einer Reduzierung der Komplexität und einer Entflechtung im Bankensektor die dadurch entstehenden negativen Effekte von Synergieverlusten und Wettbewerbsnachteilen überwiegen.

Die Verteidiger des Status Quo, d.h. einer Struktur des Finanzsystems, in dem die großen Banken weiterhin von Ihrer oft sogar noch gestiegenen(!) Systemrelevanz profitieren, verweisen hauptsächlich auf eben diese Synergieverluste, wenn sie behaupten, dass die Realwirtschaft bei einer Einführung eines Trennbankensystems stark leiden würde.

Umso interessanter ist es, dass ausgerechnet die Bank of England in Ihrer neuen Veröffentlichung aus diesem Monat "Taking uncertainty seriously: simplicity versus complexity in financial regulation" genau diesen Regulierungsgegnern in Ihrem Kernargument widerspricht.

In Ihrer Arbeit konzentrieren sich die Autoren insbesondere auf die Möglichkeit, dass Risiko von Bankenpleiten frühzeitig zu erkennen und durch eine Aufstockung der Eigenkapitaldecke zu vermeiden. Auf Basis Ihrer Analyse kommen die Autoren zunächst zu der Beobachtung: Mehr: <http://www.occupyfinance.org/bank-of-england-gibt-occupy-finance-recht---teil-i>

BLOG: Globale Studenteninitiative gegen realitätsferne VWL-Lehre



Der Druck steigt: Studenten protestieren weltweit gegen realitätsferne VWL an Universitäten und Wirtschaftsinstitutionen.

Es wurde auch Zeit: Am 5.Mai haben Studentengruppen weltweit in einer gemeinsamen verfassten Petition für eine plurale und realistischere VWL Lehre an den Universitäten protestiert. Occupy Finance begrüßt das, freut sich über diesen Schritt ausdrücklich und hat auf Veranstaltungen der Bürgeruniversität Frankfurt in der Vergangenheit ähnliche Forderungen formuliert.



Was für viele Bürger auf den ersten Blick wie eine langweilige Fachdiskussion auf Hochschulebene klingen mag, ist in Wirklichkeit von hoher Relevanz für die Zivilgesellschaft, denn die makroökonomische Mainstreamtheorie "Neoklassik" bestimmt weltweit nach wie vor die nationale Wirtschaftspolitik der meisten Länder. Ökonomen an Wirtschaftsinstituten, Zentralbanker und Politiker richten sich nach ihr. Mehr über den nachfolgenden Weblink: <http://www.occupyfinance.org/globale-studenteninitiative-gegen-realitaumtsferne-vwl-lehre>

3. Deutsche Bank Chefs warnen in der BILD Zeitung: „Viele deutsche Sparer werden Vermögen verlieren“

„Die Zinsen dürften auch in den kommenden Jahren gering bleiben, erwartet Deutsche-Bank-Chef Anshu Jain. Damit sie nicht ihr Vermögen verlieren, müssten die Deutschen ihr Geld anders investieren. Der Bank-Boss verrät auch, wie das geht. Die niedrigen Zinsen könnten verheerende Folgen für die Lebensversicherungen der Deutschen haben, warnt Anshu Jain, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, in der "Bild"-Zeitung. „Es ist zu befürchten, dass die Policen im Alter nicht mehr das abwerfen werden, was bei Vertragsabschluss noch erwartet wurde“, sagt Jain. Die Deutschen müssten ihre Anlagestrategie ändern, fordert der Bank-Chef.“ Siehe mehr unter <http://www.occupyfinance.org/sparervermoumlgen.html>

Quellen: Bild-Online und Focus-Online.

Wir möchten Sie einladen, unsere Website www.occupyfinance.org zu besuchen, um mehr über unsere Organisation zu erfahren und bitten Sie, unseren Infoletter an mögliche Interessierte aus Ihrem persönlichem Umfeld (Freunde, Bekannte, Kollegen,...) weiter zu empfehlen. Die einfache Anmeldung erfolgt per E-Mail, mit dem Betreff-Hinweis „Infoletter anmelden“, an infoletter@occupyfinance.org. Wir laden zudem ein: werden Sie aktiv und spenden Sie (<http://www.occupyfinance.org/foumlrderer-werden.html>), bringen Sie Ihre Kenntnisse und Erfahrungen ein. Wir freuen uns auf Sie und über Ihr Feedback.

Impressum

Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P):

Occupy Money UG
c/o Denkbar e.V.
Spohrstraße 46
60318 Frankfurt am Main

Chefredaktion: Reinhard Graeff

Wenn Sie den Infoletter abbestellen wollen, schreiben Sie bitte mit dem Betreff „Infoletter abbestellen“ an infoletter@occupyfinance.org